

Der Todeskampf der Presse.

Vor nicht ganz fünf Monaten hat der Reichspräsident Adde im Reichstag auf die schwere Notlage des Zeitungsgewerbes hingewiesen und die verheerlichen Folgen geschildert, die eine Restriktionierung der Presse nach sich ziehen müßte. Zu dieser Zeit kostete das Alltagszeitungspapier 12,80 Mark gegen 21 Pfennige im Frieden; viele hunderte von kleinen und mittleren Provinzialblättern waren schon dieser gewaltigen Steigerung des Papierpreises zum Opfer gefallen. Am Laufe der letzten Monate hat sich die Zahl der eingegangenen Blätter abermals um mehrere Hundert vermehrt, das Massenherben der deutschen Zeitungen hat begonnen. Das Presseschicksel wurde, brachte dem notleidenden Zeitungsgewerbe keine nennenswerte Hilfe. Eine Maßnahme, die wenigstens einigen praktischen Nutzen gehabt hätte, die Abschaffung der völlig unerschwerften Sonderbesteuerung der Presse, der Abbau der bis zu 4 Prozent gestiegenen Anzeigensteuer bis auf 2 Prozent, dem Satz der allgemeinen Umsatzsteuer, diese vernünftigen Maßnahmen war nicht zu erreichen. Regierung und Reichstag waren allem Anschein nach der merkwürdigen Ansicht, daß das Injizieren in Zeitungen der Beschlagnahme von Kuriositäten gleichzusetzen und dementsprechend mit echtholtem Steuersatz zu bestrafen sei.

Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Lage der deutschen Presse geradezu katastrophal gestaltet. Der Preis für Zeitungspapier und das Friedenspapier ist auf das Siebenhundertfache des Friedenspreises emporgeschossen. Nach einer Ankündigung der Zellulose- und Zeitungspapierfabrikanten stellt sich der Preis für Zeitungspapier ab 1. September auf 80 Mark das Kilo, wenn nicht dieser Satz durch die dauernde Markentwertung im Laufe des September eine neue Steigerung erfahren sollte. Für einen Waggon Papier, der im August 1914 2000 Mark und im August 1922 etwa 280.000 Mark kostete, werden im September 700.000 bis 750.000 Mark gefordert. Nach der Berechnung eines Berliner Verlagsdirektors würde dementsprechend ein mittlerer Zeitungsvorrat von etwa 10 Waggon im Monat braucht, 1/2 Millionen Mark, ein Großverlag, der 65 bis 70 Waggon im Monat braucht, etwa 50 Millionen Mark im Monat allein für Zeitungspapier ausgeben müssen. Hierzu kommen noch die Aufwendungen für das Material, das zum Erhalten der Zeitungen, wie Metall, Farben, Schmiermittel, ebenfalls von der Wälsung abhängig ist. Wei kostet das 650fache, Benzin das 600fache, Del das 350fache des Friedenspreises. Endlich sind die Ausgaben für die geistige Arbeit der Redakteure, Verleger, Korrektoren und valutarischen Anstandsberichterstatter sowie die Aufwendungen für die Gehälter und Druckerlöhne nicht zu vergessen. Aus diesen kurzen Andeutungen kann der Leser ungefähr annehmen, mit welchen enormen Schwierigkeiten die deutsche Presse heute zu kämpfen hat. Für viele Blätter ist es bereits ein Todeskampf. Sollte der neue Papierpreis tatsächlich anfrachterhalten bleiben, so ist die Restriktionierung der gesamten deutschen Presse nur eine Frage ganz kurzer Zeit.

Kann der Zusammenbruch des Zeitungsgewerbes überhaupt noch aufgehalten werden? Leider dürfte dies kaum gelingen. Schon in wenigen Wochen wird ein großer Teil unserer bodenständigen, politischen Presse von ihrem Sockel errückt werden, wenn die Regierung nicht in letzter Stunde mit durchgreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen der Preisbremsung auf dem Holz- und Papiermarkt entgegentritt und die Aufhebung des Anzeigensteuergesetzes veranlaßt. Endlich aber muß an die Einsicht der Leserschaft appelliert werden. Die deutschen Verleger haben bisher fast ohne Ausnahme mit der Anleihe der Bezugspreise an die allgemeine Preisbildung gezögert, jetzt aber ist es ihrer Kraft zu Ende. Kann man aus der Leser Opfer bringen, und wenn die Zeitungen mit harten Abonnementpreiserhöhungen an die Leser herantraten, sich diesem Anse nicht zu verweigern. Wenn die Anzugsfähigkeit der Leserschaft, die die Geldentwertung überall, nur nicht für die zeitliche Nahrung, gelten lassen will, der Zeitung die nötige Unterstützung verweigert, so rächt sich das an ihr selbst, bei dem Tempo des heutigen politischen und wirtschaftlichen Lebens sogar sehr schnell.

In Erwartung der Entscheidung.

Staatssekretär Schröder vor der Reparationskommission.

Nach zahlreichen privaten Besprechungen der einzelnen Delegierten ist die Reparationskommission am Mittwoch zu einer offiziellen Sitzung zusammengetreten, in der der Vertreter Deutschlands Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium die Vorschläge der Reichsregierung vorlegte. Die endgültige Entscheidung ist erst am Donnerstag zu erwarten, da die Reparationskommission die Prüfung der deutschen Vorschläge am Mittwoch noch nicht abschließen konnte.

Vertagung des französischen Ministerrats.

Der französische Ministerrat, der am Donnerstag vormittag im Ulysee stattfinden sollte, um über die Entschlüsse der Reparationskommission zu beraten wurde infolgedessen auf Freitag vormittag vertagt.

Auch der für Donnerstag in Aussicht genommene Eintrag der Parteiführer beim Reichsanwalt dürfte, da die Entscheidung der Reparationskommission über das Moratorium erst am Donnerstag fallen soll, auf Freitag vormittag vertagt werden.

„Kein weiteres Nachgeben der Reichsregierung.“

Mittwoch vormittag fand in der Reichskanzlei eine Großbesprechung statt, in der über das Reparationsproblem beraten wurde. Der Vizekanzler zum Ausbund genommene Optimismus in der Beurteilung des Reparationsproblems wird an nachgehenden Stellen durchaus nicht geteilt. Es wird im Gegenteil darauf hingewiesen, daß das Reparationsproblem als

solches noch sehr weit von einer Lösung entfernt ist und noch sehr schwierige und langwierige Verhandlungen bedürfen. Das Verhalten Frankreichs ist derart, daß ein Optimismus unbedeutend erscheint. Bei der Beurteilung des Reparationsproblems wird man vor allem nicht übersehen dürfen, daß ein weiteres Nachgeben der Reichsregierung gegenüber den französischen Forderungen unmöglich ist, weil die materiellen Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit erreicht sind. Die Erfüllung der französischen Forderungen nach Stellung von Pfändern sind für die Reichsregierung vollkommen unannehmbar.

Unsere Ernährungslage.

Neue Erhöhung der Brotpreise ab 15. Oktober.

Der Reichsernährungsminister Feßler gab dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages einen umfassenden Überblick über unsere Ernährungslage. Wichtigste teile der Maßnahmen, die zur Sicherstellung der wichtigsten Nahrungsmittel geplant sind. Der Minister bemerkte zunächst auf Grund seiner bekannte Tatsache, daß Deutschland auf Grund seiner eigenen Erzeugung nicht instande sei, den ausreichenden Brotbedarf selbst zu decken, sondern das fehlende Getreide vom Ausland beziehen müsse, was in der Preissteigerung leider zu einer katastrophalen Entwicklung geführt habe. Allerdings sei die mengenmäßige Brotversorgung für die nächste Zeit gesichert, da bis zu einem bestimmten Termin die Getreidetransporte die notwendige Menge in der Hand habe. Das werde es sich bei der Niedrigkeit der deutschen Währung bedauerlicherweise nicht vermeiden lassen, daß ab 15. Oktober d. J. eine wesentliche Erhöhung des Abgabepreises der Getreidetransporte und damit auch des Brotpreises eintreten müsse.

Auf das ab dem Umlageverfahren zu erfassende Getreide übergehend, bemerkte der Minister, daß er jeder organisierten Ostraktion mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten werde. Andererseits müsse aus Billigkeitsgründen und aus Gründen der Aufrechterhaltung der Produktivität der Umlagepreis auskömmlich festgesetzt werden, sonst würde das Umlageverfahren zwangsläufig zu einer Einschränkung des Getreideabbaus und damit schließlich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führen. Weiter sei infolge der Unmöglichkeit der Witterung die diesjährige Ernte nicht befriedigend ausgefallen. Infolgedessen müsse mehr noch als bisher auf sparsamen Verbrauch hingewirkt werden. Die Reichsregierung erwäge daher, die Herstellung von Starbier zu verbieten.

Was die Kartoffelbewirtschaftung betreffe, werte sie hier ein erfreuliches Bild dar. Aus allen Teilen Deutschlands sei berichtet worden, daß der Stand der Kartoffelfelder gut sei. Um der Teuerung auf dem Kartoffelmarkt entgegenzuwirken, sei es aber notwendig, daß die Verarbeitung der Kartoffeln in den Brennereien zum mindesten auf das Kontingent des Vorjahres eingeschränkt werde.

Für geregelten Zuderbergbau werde erdogen, die Herstellung von Süßigkeiten, Likören und Essigwaren aus inländischen Zuder zu verbieten. Den Bedürfnissen solle nach Möglichkeit durch Maßnahmen geschaffen werden, ebenso seien die Rinderfleischereien auszubauen, Mittel hierfür seien anzufordern.

Ferner erklärte der Minister, daß auch die Verbrennung von Obst zu Branntweingeist verboten werden solle und gegen Schlemmer in der Weise vorgegangen werden solle, daß in öffentlichen Gaststätten die Verabreichung einer zweiten Fleischportion an einen Gast unter Strafe gestellt werden soll. Alle diese Maßnahmen seien aber nur Notbehelfe; entscheidend zur Änderung der jetzigen Lage der wirtschaftlichen Situation, in diesen schweren Zeiten wirtschaftlich Schwache zu unterstützen.

Der Minister versicherte, daß er alles tun werde, was in seinen Kräften liege, um die Ernährungslage durch geeignete Maßnahmen zu bessern.

Die Lieferungsverträge gesichert.

Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

In den letzten Tagen haben zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften wichtige Besprechungen über die Durchführung des der Reparationskommission unterbreiteten Planes einer Sicherung von Holz- und Kohlenlieferungen an die Alliierten durch Lieferungsverträge mit den entsprechenden deutschen Industrien stattgefunden. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen unterrichtet folgende amtliche Mitteilung:

Die Vertreter des Kohlenbergbaues erklärten sich damit einverstanden, alsbald zusammen mit der Reichsregierung in Verhandlungen über den Abschluß privatrechtlicher Lieferungsverträge einzutreten. Als Unterhändler für den Kohlenbergbau wurden die Herren Hugo Stinnes, Peter Altmeyer, Dr. Ellberg und Direktor Völschen benannt. Jenseitige Verhandlungen über die Holzlieferungen sollen sich unmittelbar anschließen.

Eine Besprechung mit den maßgebenden Vertretern der Bergarbeiterverbände und mit den Spitzenorganisationen der Arbeiter ergab gleichfalls die grundsätzliche Bereitwilligkeit der Arbeitgeberorganisationen, an der Durchführung der Lieferungsverträge mitzuwirken. Die Reichsregierung hat von diesem Ergebnis der Besprechungen ihren nach Paris zur Verhandlung mit der Reparationskommission entsandten Vertreter telegraphisch unterrichtet.

Gegen die Schuldlüge.

Eine Protestkundgebung der deutschen Bischöfe.

Die diesjährige Bischofskonferenz in Judva

hat beschlossen, gegen die in einseitiger Auffassung von gegnerischer Seite fortwährend wiederholte un gerechte Behauptung, daß Deutschland am Kriege schuldig sei, und gegen die furchtbaren Folgen, welche die französische Regierung aus solcher Schuldüberwälzung glaubt ziehen zu dürfen, vor dem Heiligen Stuhl, dem Hort der Bitterveröhnung, feierlich Protest zu erheben. Die Bischofskonferenz gibt damit derselben unerschütterlichen Ueberzeugung Ausdruck, von der sie 1914 in ihrem gemeinsamen Hirtenschreiben Beugnis gegeben hat: „Wir, d. h. das deutsche Volk, sind unschuldig am Ausbruch des Krieges, er ist uns aufgezwungen worden, das können wir vor Gott und der Welt bezeugen.“

Weiterhin befaßte sich die Bischofskonferenz von neuem mit der Lage des besetzten Gebietes, wo einer zivilisierten Bevölkerung im Herzen Europas die Schmach angetan wird, von zahllosen Angehörigen unkultivierter afrikanischer Völkstämme militärisch überwacht zu werden, und wo die gemäßigten Scharen mohamedanischer und heidnischer Soldaten aus den französischen Kolonien einer erbitterten, vorwiegend katholischen, Bevölkerung zum größten Vergernis und zu großen sittlichen Gefahren für die Jugend gereichen.

Wortfache Rathenau.

30 Bände Altten.

Ueber den augenblicklichen Stand der Wortfache Rathenaus wird mitgeteilt, daß nach Abschluß der Untersuchung sich die Altten jetzt bei der Reichsanwaltschaft zur Bearbeitung der Anklage befinden. Nach Fertigstellung der Anklageschrift wird diese den künftigen Angeklagten zugestellt werden. Es wird die zahlreichen Verteidigern dann noch Gelegenheit gewährt, mit den Angeklagten in Verbindung zu treten, was ihnen bisher im Interesse der Untersuchung verweigert worden ist, sowie die inoffiziellen auf etwa 20 Bände angelegten Altten ordnungsgemäß einzulegen.

Die Anklage wird der Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer selbst vertreten. Die Verteidigung führen auch Rechtsanwälte. Für die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof wird wieder der bereits für die Kriegsbekundigtenprozesse benutzte große Senatssitzungssaal des Leipziger Reichsgerichts bereitgestellt werden. Eine Festsetzung des Verhandlungstermins ist bisher noch nicht erfolgt.

Politische Rundschau.

— Berlin, 31. August 1922.

— Innerhalb der Reichsregierung finden ausgeteilt die Besprechungen über die Ausgleichsverhandlungen statt, als Vorbereitung für die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den einzelnen alliierten Mächten über diese Frage.

— Der Reichsjustizminister Radbruch fährt nach München, um mit dem bayerischen Justizminister über die Einrichtung und Schaffung des süddeutschen Senats zu verhandeln.

— Der preussische Ministerpräsident Braun und der Staatssekretär Goehrle haben eine längere Reise in das besetzte rheinische Gebiet angetreten. Zunächst werden in Wiesbaden Besprechungen mit den Behörden stattfinden.

— Die Leiterin der Frauenarbeitschule in Mainz, Frau Dr. Essig, wurde als Regierungsrat in das Thüringer Volksbildungsministerium berufen, wo sie das Dezernat für die Mädchenchulen übernimmt.

— Saargebiet vor dem Völkerrundrat. Der Völkerrundrat wird sich in seiner diesmaligen Tagung mit verschiedenen das Saargebiet betreffenden Fragen zu befassen haben. Einen besonders wichtigen Punkt der Tagesordnung bildet die Frage der neuen Bestätigung des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission des Saargebietes, dessen Mandat im Dezember abläuft, dem aber, wie aus den anderen Mitgliedern der Regierungskommission, auf der Ratstagung vom 26. März bereits die Wiederwahl zugesichert worden war. Wie erinnerlich, protestierte damals die deutsche Regierung erfolglos gegen eine solche dem Friedensvertrag zuwiderlaufende langfristige Bestätigung, wie andererseits die gesamte saarländische Bevölkerung die Nichtbestätigung forderte und die Wahl eines anderen Saarländers verlangte. Wie bei der früheren Ratstagung trifft auch diesmal wieder eine Abordnung aus dem Saargebiet ein. Sie wird den Standpunkt der Saarbevölkerung in den zur Verhandlung stehenden Fragen, insbesondere ihren einmütigen Einspruch gegen die Neubestätigung des Völkerrates darlegen.

— Der Reichsgesandte in München abberufen. Wie aus Bayern gemeldet wird, wird der Vertreter der Reichsregierung in München, Graf Reib, der sich im Urlaub befindet, nicht wieder nach München zurückkehren. — Der neue Vertreter Preussens in Bayern, Ministerialrat Dr. Dent, trat auf dem Bestimmungskatholischen Studenten Deutschlands während des Katholikentages zum ersten Male vor die bayerische Volksversammlung und dankte für die gastliche Aufnahme in München.

— Die Beurteilung des Landrats Schwebel. Das Auswärtige Amt hat gegen die Beurteilung des Landrates Schwebel durch die französische Behörde Proteste erhoben. Die Beschwerde wird hauptsächlich damit begründet, daß Landrat Schwebel als Angehöriger einer Grenzschutzkommission sowie einer Kommission, die ein Abkommen über den Grenzverkehr auf diplomatische Immunität habe. — Landrat Schwebel ist bekanntlich von den Franzosen wegen „Verleumdung eines französischen Soldaten“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und dieser Tage in das Gefängnis in Kreuznach zur Verbüßung seiner Strafe gebracht worden.

— Witsch in Oberschlesien. Der polnische Staatschef Witsch empfing bei seinem Aufenthalt in Katowitz den Vorsitzenden des „deutschen Volksbundes“ von Heisenstein. Dieser erklärte, die infolge der Abstimmung erregten nationalen Leidenschaften würden von einem gewissen Teil der polnischen Presse ge

Handwritten notes in the right margin, including names like "Schweibel", "Witsch", and "Heisenstein", and some illegible text.

Kummer seien für Hunderttausende der hunger zum Verzichten und gewesen, hinzugekommen sei die Wohnungsnot und die Ausbeutung durch manche gewissenlose Unternehmer. Keine Theorie des Sozialismus sei aber imstande gewesen, die überbordende Macht der Religion zu erschüttern. Auch der moderne Staat brauche, fuhr Redner fort, Autorität, und er grübe sein eigenes Grab, wenn er glaube, auf eine übergeordnete enge Gerechtigkeit als Grundblase auf seiner Gewalt souverän verzichten zu können.

Hermann C. d. L. n. Freiburg als Vertreter der katholischen Jungmännerbewegung und Max B. u. r. l. a. g. Leipzig, ein Sohn des verstorbenen Zentrumsparlamentariers, als Vertreter der katholischen Studentenbewegung lesen ein Programm der katholischen Kirche zum deutschen Vaterland ab. Schließlich sprach P. Dr. E. K. e. r. A. b. i. n. über „Vollständigkeit und Volkserneuerung“.

Scherz und Ernst.

1. Die englische Aristokratie in Indien. Die höchsten Steuern, mit denen der englische Großgrundbesitz in Folge des Krieges belegt worden ist, zwingen die Träger der stolzen Namen, sich der Schösser und Paläste zu entäußern, die seit Generationen das Eigentum ihrer Familie sind. So hat jetzt auch der Herzog von Northumberland angekündigt, daß er sich genötigt sieht, schleunigst seinen Haushalt in Alnwick Castle aufzugeben und dessen Porten zu schließen. Allerdings gehören dem Herzog von Northumberland noch fünf andere Schlösser, aber Alnwick Castle war sein Hauptstift und ist seit 60 Jahren das Heim der Familie Percy, deren Haupt neben dem Titel eines Herzogs von Northumberland auch den eines Barons Alnwick führt. Alnwick Castle wurde 1836 erbaut und ist eines der ältesten historischen Schlösser Englands. Den Park und die Jagd will der Herzog vermieten.

Schlusssdienst.

Poincaré bleibt unmöglich. — Paris, 30. August. Poincaré, der mehrere Tage von Paris abwesend war, hat sofort nach seiner Rückkehr durch die Regierungspresse verkünden lassen, von einer Möglichkeit der französischen Regierung könne gar nicht die Rede sein, und alles, was die Reparationskommission inzwischen unternommen habe, existiere für ihn nicht. Er wolle seine „produktiven Anhänger“

wenn man sie ihm nicht wehe, werde Frankreich das Moratorium ablehnen und sich vorbehalten, allein gegen Deutschland vorzugehen. Poincaré hat Dubois, seinen Vertreter in der Kommission, zu sich berufen, und ihn in diesem Sinne instruiert.

Brabury für ein 18monatiges Moratorium.

— Paris, 30. August. Der englische Delegierte in der Reparationskommission Brabury hat einem Vertreter des „Matin“ gegenüber erklärt, er wünsche ein längeres Moratorium, das von einer strengen Kontrolle über die deutschen Finanzen begleitet sein müsse, einer Kontrolle, die fast einer Beschlagnahme gleichkäme. Durch diese beiden Maßnahmen könnte die Welt ruhig sein. Nach der Anschauung Braburys sollten die Zahlungen Deutschlands für wenigstens 18 Monate eingestellt werden. In der Zwischenzeit ließe sich eine internationale Anleihe ermöglichen.

Säröder vor der Reparationskommission.

— Paris, 30. August. Der deutsche Delegierte Säröder sprach heute vormittag vor der Reparationskommission. Er legte die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands dar und überbrachte die Angebote der deutschen Regierung bezüglich der Holz- und Kohlenlieferungen.

Lloyd George geht nach Genf.

— Genf, 30. August. Wie das „Journal de Geneve“ wissen will, hat Lloyd George den Plan gefaßt, nach Genf zu kommen, um in der am 4. September beginnenden Versammlung des Völkerbundes das Wort zu ergreifen. Er soll beabsichtigen, die Frage der Abrüstung anzuschneiden und die mögliche Universalität des Bundes durch Hinzuziehen Deutschlands, Australiens, Ungarns und der Türkei zu erreichen, sobald den Rat bedeutend zu erweitern und nur zu einem Vollzugsorgan der Versammlung zu machen, überhaupt den ganzen, heute schwerfälligen Mechanismus des Völkerbundes aktionskräftiger zu machen.

England will sich von Frankreich lösen.

— London, 30. August. Dem „New York Herald“ zufolge ist Lloyd George fest entschlossen, im Falle einer Sondersession Frankreichs die Auflösung Englands von der Entente zu verkünden. England werde in diesem Falle die gleichen Grundzüge gegenüber dem Kontinent verfolgen wie Washington gegenüber Europa, d. h. alle verbindenden Bündnisse ablehnen.

Die Geldknappheit der Reichsbank.

— Berlin, 30. August. Für die herrschende Geldknappheit ist die Tatsache, daß die Reichsbank heute den Banken auf ihre Guthaben nur 3 Prozent ausbezahlt hat gegen 10 Prozent gestern. Der Grund dafür liegt darin, daß die Reichsbank die Notendrucken dem Bedarfe nicht nachkommt.

Französische Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland.

— Christiania, 30. August. Im Widerspruch mit den offiziellen Dementis der französischen Regierung stellt ein norwegischer Geschäftsmann, der kürzlich aus Rußland zurückgekehrt ist, im „Socialdemokraten“ fest, daß er in Moskau mit einer französischen Handelsdelegation in Verbindung gekommen wäre, die mit der Sowjetregierung über ein französisch-russisches Handelsabkommen verhandelte. Weiter wird berichtet, daß jetzt in Petersburg ein britisches Konsulat errichtet worden ist.

Österreich als Antypol.

— Rom, 30. August. Der italienische Minister hat beschlossen, so lange von einer Entscheidung über Truppen nach Österreich abzusehen, als dessen territoriale Unversehrtheit von keiner Seite gefährdet ist. Falls aber Südslawen in Österreich einziehen, wollen Italien eine gemeinsame Aktion der Mächte durchzusetzen versuchen oder aber die Erlaubnis zu einer Sondersession erbitten.

Chronik des Tages.

— Die Entscheidung der Reparationskommission über den deutschen Moratoriums Antrag wird für Donnerstag erwartet.

— Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Vertretern der Industrie und der Gewerkschaften haben einen gewissen Fortschritt ergeben, an der Sicherung der Holz- und Kohlenlieferungen an die Alliierten mitzuwirken.

— Der Reichsernährungsminister Dr. Fehle hat eine erhebliche Erhöhung des Brotpreises auf 15. Oktober angedeutet. Die Forderung der Reichsregierung wurde durch einen festerlichen Protest gegen die Preissteigerung abgelehnt.

— Am 31. August begann die neue Tagung des Völkerbundes in Genf.

— Die Türken haben die griechische Armee zur Räumung der Stadt Karaman in Kleinasien gezwungen.

2982,75 Mk. an den städt. Unterförster mit Wirkung vom 1. 6. 22 ab.

16. Regelung der Frage der Beförderung des Stadtwaldes für die Zeit vom 1. 10. 22 ab.

17. Anschluß des Bahnhofes an das elektr. Ortsnetz.

18. Besprechung sonstiger Angelegenheiten.

Spangenberg, den 31. August 1922.

Appell.

stellv. Stadtverordnetenvorsteher.

Pflichtfeuerwehr.

Auf Vorschlag des Ortsbrandmeisters August Engeroth habe ich heute den Wehrmeister und Gastwirt Heinrich Engeroth zum Führer der Pflichtfeuerwehr den Kaufmann Karl Bender zu seinem Stellvertreter ernannt. (§ 6 der Ordnung über die Regelung des Feuerlöschwesens vom 28. 10. 1907.)

Spangenberg, den 17. August 1922.

Die Polizeiverwaltung

Schier.

Getreideablieferung.

Die Stadt hat aus der Ernte 1922 400 Ztr. Getreide (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer und Gemenge aus den 4 Arten) abzuliefern. Die Bekanntgabe, wie sich diese Menge auf die Erzeuger verteilt, findet in Kürze statt.

Die Erzeuger werden hierdurch aufgefordert, in ihrem eigenen Interesse alsbald mit der Ablieferung zu beginnen. Spangenberg, den 28. August 1922.

Der Magistrat

Schier.

Die Kreisdesinfektorsstelle.

Für den Bezirk Spangenberg ist alsbald zu belegen. Die Tätigkeit des Desinfektors wird angemessen vergütet.

Meldungen alsbald bei dem Polizeibetriebsassistenten.

Spangenberg, den 19. August 1922.

Der Bürgermeister,

Schier.

Sprechtag für Kriegsbeschädigte usw.

Es wird ab 1. September d. Js. nur noch einmal im Monat und zwar an jedem 4. Mittwoch ein Versorgungspredigt in dem bisherigen Lokal „Café Martini, Melungen“ abgehalten.

Melungen, den 23. August 1922.

Amtl. Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und hinterbliebene für den Kreis Melungen.

Der Landrat.

Kriegerwaisen für Haushaltungsschule.

Von dem Bergischen Diakonissen-Waisenhaus in Alsdorf wird mitgeteilt, daß am 1. Oktober d. Js. noch zwei Plätze in der dortigen Haushaltungsschule zu besetzen sind.

Kriegerwaisen sollen bei der Annahme bevorzugt werden. Es wird gewünscht, daß das Alter der Mädchen 18 Jahre nicht übersteigt.

Wir ersuchen geeignete Anmeldungen bis zum 1. September d. Js. spätestens namhaft zu machen.

Melungen, den 23. August 1922.

Amtl. Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und hinterbliebene für den Kreis Melungen.

Der Landrat.

Maurer

sucht

August Fett, Bergheim.

Ia. Benzin

für Autos, Motoren etc.

Richard Mohr.

Amtlicher Teil.

Öffentliche Sitzung

der Stadtverordneten-Versammlung am **Sonnabend, den 2. September 1922**, abends 7/9 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses.

Tagungsordnung:

1. Vorlage der Satzungen für den Hessisch-Waldesischen Städtetag vom 9. 6. 22.
2. Wahl eines Vertreters zur Teilnahme an der gemeinschaftlichen Tagung des Hessisch-Waldesischen und des Nassauischen Städtetags am 8. und 9. 9. 22 in Marburg.
3. Erhöhung der Pachtzinsen für die städtischen Grundstücke usw. (Gärten, Wiesen, Wege, Plätze, Weidenpflanzungen u. dgl.)
4. Erhöhung der Gebühren für das Ausruhen privater Bekanntmachungen in den Straßen der Stadt durch städtische Bedienstete.
5. Aenderung der Verwaltungsgebührenordnung vom 30. 3. 22 — Erhöhung der Gebührensätze usw. —
6. Aenderung der Baupolizeigebührenordnung vom 16. 1. 22 — Erhöhung der Gebührensätze. —
7. Aenderung der Ordnung für die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Fuhrwerkswege vom 27. 9. 20 nebst I. Nachtrag vom 11. 4. 22 — Erhöhung der Gebührensätze. —
8. Aenderung der Ordnung für die Erhebung einer Schankerlaubnissteuer vom 23. 3. und 28. 3. 1911 — nebst I. Nachtrag vom 3. 11. 21 — Erhöhung der Steuerätze.
9. Aenderung der Ordnung über die Besteuerung des Herbergsvertrages vom 2. 9. 21.
10. Aenderung der Ordnung über die Erhebung einer Vergütungssteuer vom 12. 12. 21.
11. Aenderung der Ordnung für die Erhebung einer Hundesteuer vom 28. 8. 16 nebst I. Nachtrag vom 2. 9. 21 — Erhöhung der Steuerätze usw. —
12. Festsetzung der gemeindlichen Zuschläge zu den Realsteuern (Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuer) für das Rechnungsjahr 1922.
13. Erhöhung der Dienstbezüge des städt. Nachtwächters.
14. Erhöhung der Dienstbezüge der Kleintinderlehrerin.
15. Genehmigung des Unterschieds zwischen seinen Dienstbezügen und den Dienstbezügen der staatlichen Forstgehilfen seines Jahrganges im Jahresbetrag von

Ia. Garbenbänder

offiziert billig

D. Wenzel, Elbersdorf.

Telefon Nr. 11

Viel Geld

erhalten Sie für alte Gold- u. Silbergegenstände sowie Zahngelbte, Brennröste u. dergl.

Ich zahle hohe Preise!

Friedmann's

Uhrenhandl. und Reparaturwerkstatt

Älteres Schulmädchen

für einige Nachmittagsstunden zu 1 1/2-jährigen Kind gesucht.

Frau Erna Spangenthal

Markt

Freitag früh

frische Fische

Richard Mohr.

L. Pfeiffer

Bankgeschäft,

Agentur Spangenberg

Vertreten durch Herrn Apotheker M. Woelmu.

Postcheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 2156 Frankfurt a. M.

Vernichtung aller bankmäßigen Geschäfte.

Scheckrechnungen

Zinssatz 3 3/4%

Depositen- (Spar-) Rechnungen

Zinssatz 3 bis 4% je nach Kündigung.

Alte Zeitungen

als Einwickelpapier kauft

Richard Mohr